

Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD sowie des Abgeordneten Willy Wedler (FDP)***Solidarität mit den Bürgerinnen und Bürgern und der Stadt Delmenhorst***

In der Nachbargemeinde Bremens, der Stadt Delmenhorst, steht seit geraumer Zeit das Gebäude des ehemaligen Hotels Am Stadtpark zum Verkauf. Seit einigen Wochen ist bekannt, dass Bieter, die dem rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnen sind, am Erwerb der Immobilie konkretes Interesse signalisiert haben.

Bremen, Bremerhaven und ihr niedersächsisches Umland sind in der Vergangenheit immer wieder Ziel von Aktivitäten rechtsextremistischer Parteien, Gruppen und Einzelpersonen gewesen. So haben Rechtsextremisten beispielsweise in den letzten Jahren versucht, sich auf dem Heisenhof bei Dörverden niederzulassen, um von dort Jugendlichen aus Niedersachsen und Bremen für das Gedankengut und die Arbeit ihrer Organisationen anzuwerben. Das so genannte Projekt Schulhof, die Verteilung von Musik-CD mit rechtsextremistischer Musik an Schülerinnen und Schüler, war ein solcher Versuch. Durch erfolgreiche Ermittlungstätigkeit konnten allein in Bremen über 300 Exemplare dieser CD vor der beabsichtigten Verteilung beschlagnahmt werden.

Rechtsextremisten versuchen immer wieder, durch martialisches Auftreten und Angstschüren Stimmung zu machen und ihr fremdenfeindliches und antidemokratisches Weltbild zu verbreiten. Mit rückwärtsgerichtetem, die deutsche Geschichte verfälschendem, verfassungs- und ausländerfeindlichem Gedankengut wollen sie oftmals gewaltsam gegen die Freiheit des Staates und des einzelnen Bürgers vorgehen. Wir sind davon überzeugt, dass die Bremerinnen und Bremer gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern im niedersächsischen Umland alle Versuche, extremistisches oder neonazistisches Gedankengut in der Region strukturell zu verankern, kraftvoll abwehren werden.

Die Stadtverwaltung, der Rat und Bürgerinnen und Bürger von Delmenhorst haben als Ausdruck eines breiten gesellschaftlichen Konsenses, konkrete Aktionen gestartet und Maßnahmen in die Wege geleitet, um zu verhindern, dass das zum Verkauf stehende „Hotel Am Stadtpark“ an rechtsextremistische Bieter verkauft wird. 30 Bürgermeister aus der Region Bremen–Oldenburg haben sich in einem offenen Brief an den bisherigen Immobilieneigentümer gewandt, um ihn von einem Verkauf an diesen Käufer abzuhalten. Der geplante Verkauf des Hotels und die Aktivitäten der Delmenhorster erfahren über die Grenzen Deutschlands hinweg Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge deshalb beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich eindeutig gegen den Verkauf des ehemaligen Hotels Am Stadtpark an rechtsextremistische und neonazistische Kreise aus.

Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt sich solidarisch mit dem von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragenen friedlichen Widerstand der Delmenhorster Bürgerinnen und Bürger gegen den Verkauf des Hotels Am Stadtpark an Rechtsextreme und die damit befürchtete Etablierung eines rechtsextremistischen Zentrums in Mitlen der Nachbarstadt Bremens.

Die Bürgerschaft (Landtag) bietet der Stadt Delmenhorst und ihren Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen ihrer Möglichkeiten Unterstützung an, und befürwortet eine möglichst umfassende regionale Kooperation zur Verhinderung des Hotelverkaufs an rechtsextremistische Interessenten.

Dr. Matthias Güldner,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dieter Focke,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU

Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Willy Wedler (FDP)